

Für uns in Stuttgart

Walter Heiler MdL

Karlsruhe-
Land

SPD

Anpacken.
Für unser Land.

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,



in den vergangenen Wochen und Monaten hat sich viel getan in unserem Land.

Gerade erst konnten wir gemeinsam mit den Grünen einen Haushalt verabschieden, der eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Hiervon sollen vor allem die Städte und Gemeinden in Baden-

Württemberg profitieren. So sollen beispielsweise die Bereiche Kleinkindbetreuung, Sprachförderung und Schulsozialarbeit ausgebaut und stärker vom Land finanziert werden.

Ein besonderer Erfolg in den vergangenen Monaten war die Ernennung der Grund- und Werkrealschule Oberhausen-Rheinhausen zu einer sogenannten „Starterschule“. Im Schuljahr 2012/2013 nimmt sie so als eine der ersten Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg ihren Betrieb auf. Ich freue mich sehr darüber, dass der Standort Oberhausen-Rheinhausen damit gestärkt und Chancengleichheit vorangetrieben wird.

Weiterhin möchte ich Euch in dieser Ausgabe meines Newsletters über die Polizeistrukturenform in Kenntnis setzen. Diese betrifft in den Wahlkreisen Bruchsal und Bretten vor allem den Standort Bruchsal. Besonders wichtig ist es hierbei, eine weitere Stärkung der Polizeistelle und damit der Sicherheit vor Ort ein.

Darüber hinaus wird die SPD auch in Zukunft keinen weiteren Kürzungen der Beamtgehälter zustimmen. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt mit dieser Haltung die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In diesem Bezug sollte es aber auch selbstverständlich sein, dass Lehrerinnen und Lehrer im Beamten- und Angestelltenverhältnis die gleiche Entlohnung bekommen—gemessen an ihrer Leistung, nicht ihrer Eingruppierung.

Diese und weitere spannende Themen und Fakten erwarten Euch in der März-Ausgabe meines Newsletters.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen.

Herzliche Grüße,

Euer



Newsletter Ausgabe März 2012

Themen:

- Polizeireform als großer Wurf
- Oberhausen-Rheinhausen bekommt Gemeinschaftsschule
- Haushalt mit sozialdemokratischer Handschrift beschlossen
- Land und Kommunen erhalten Bundesmittel
- SPD gegen Kürzungen bei den Beamten

SPD: Polizeireform hat das Zeug zum großen Wurf

Walter Heiler MdL: „Es geht darum, eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei zu gewährleisten und die Struktur für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten“

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat die von Innenminister Reinhold Gall in ihren Grundzügen vorgestellte Polizeireform „das Zeug zum großen Wurf“. Es gehe darum, „eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei zu gewährleisten und die Struktur für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten“, sagte der Vorsitzende des Innenausschusses Walter Heiler zu den Zielen des Projekts. Die Reform fasse notwendige und richtige Anpassungen im Organisationsaufbau und eine Stärkung der Präsenz vor Ort ins Auge. „Grün-Rot macht die Struktur der Polizei fit für die Zukunft und sorgt für ausreichend Personal in der Fläche. Beides zusammen bewirkt, dass Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt“, erklärte Heiler.

Für ein „erfreuliches Signal“ hält der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion deshalb die Ankündigung Galls, dass die Polizeireform erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche gewinnen soll. Die Rede ist von zusammen rund 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst und beim Nichtvollzugspersonal. „Die Reform wird der Polizeiarbeit in der Fläche einen Schub verleihen. Die Streifen- und Ermittlungsdienste vor Ort werden gestärkt und die Freiräume der Kripo erweitert. Das schafft im ganzen Land mehr Sicherheit“, unterstrich Heiler.

Auch beim Standort Bruchsal setzt sich der Landtagsabgeordnete und Bürgermeister der Stadt Waghäusel für die Polizei vor Ort ein. „Wir müssen dafür sorgen, dass der Standort gestärkt wird. Es ist mir ein Anliegen, dass sich der Reformprozess positiv für die Region Bruchsal und damit für die Polizei und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auswirkt“, so der SPD-Politiker.

Die Kritik der CDU an den Plänen des Innenministers wies er als „fadenscheinig und heuchlerisch“ zurück. „Wer in seiner eigenen Regierungszeit über Jahre hinweg massiven Stellen-

abbau betrieben, Reviere zusammengelegt und damit die Polizei bis an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit geschwächt hat, sollte in den Spiegel schauen, anstatt sich als Hüter der Polizeipräsenz im ländlichen Raum aufzuspielen“, so Heiler abschließend.

Grund- und Werkrealschule Oberhausen wird ab nächstem Schuljahr Gemeinschaftsschule

Walter Heiler erfreut über grünes Licht vom Kultusministerium

Pressemitteilung: Oberhausen-Rheinhausen/Waghäusel, 16. Januar 2012

Erfreuliche Nachrichten erhielt der Waghäuseler Landtagsabgeordnete Walter Heiler, SPD, vom baden-württembergischen Kultusministerium: Die Grund- und Werkrealschule (GWRS) Oberhausen-Rheinhausen gehört zu den rund 30 Schulen in Baden-Württemberg, die als so genannte „Starterschulen“ in das kommende Schuljahr 2012/2013 gehen werden. „Das besondere Augenmerk richtet sich darauf, dass Chancengerechtigkeit und Leistung in positiver, ergänzender Weise miteinander verknüpft werden“, so Heiler.

Bisher besteht die GWRS Oberhausen-Rheinhausen aus einer 1-2 zügigen Grundschule mit 96 Schülerinnen und Schülern, einer mehrzügigen Hauptschule mit 156 Schülerinnen und Schülern und einer Grundschulförderklasse, die momentan von 18 Schülerinnen und Schülern besucht wird. Die Hauptschule der GWRS ist nach IZBB (Zukunft Bildung und Betreuung) schon seit 2003 eine Ganztagschule.

Die vorgelegten Konzepte, die von den sich bewerbenden Schulen an das Kultusministerium gingen, mussten eine hohe Hürde nehmen. Sowohl leistungsbezogene Kriterien als auch Aspekte, die das pädagogische Klima des Schulalltags bestimmen, waren für die endgültige Genehmigung des Stempels „Von nun an Gemeinschaftsschule“ notwendig. Die Unterrichtsqualität soll vor allem durch den achtsamen Umgang mit Vielfalt, individueller Förderung wie auch kooperativem Lernen von stärkeren und schwächeren Schülern geprägt werden.

Walter Heiler, zugleich auch Bürgermeister der Nachbargemeinde Waghäusel, freut sich für und mit der GWRS Oberhausen-Rheinhausen, alle Kriterien zufrieden stellend erfüllt zu haben. „Den Wunsch, in Zukunft zu einer Gemeinschaftsschule erhoben zu werden, tragen viele Schulleiter mit sich. Der Zulauf an das Kultusministerium war folglich groß, aufgrund dieser hohen Bewerbungsdichte musste das Konzept also umso besser sein. Den Schwerpunkt auf selbstverantwortliches Lernen und bestmögliche Förderung nach individuellen Begabungen zu setzen, sehen wir als wichtige Zukunftsperspektive.“ Frustration und Angst vor schlechten Noten sollen durch Neugierde und anhaltende Freude am Lernen ersetzt werden. „Die ideologisch geprägten Debatten sollen nun ein Ende haben, das Konzept der Gemeinschaftsschule soll sich in der Praxis bewähren. Die Art des Schulabschlusses muss am Ende des Bildungsweges stehen und darf nicht schon ab der ersten Klasse durch die Herkunft bestimmt werden“, so der Heiler abschließend.

Neue Regierung legt Haushalt mit sozialdemokratischer Handschrift vor

Walter Heiler MdL: „Besonders die Kommunen werden gestärkt“

In ihrem ersten eigenen Haushaltsplan hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass ihr die Kommunen am Herzen liegen. Erfreut zeigte sich besonders der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Walter Heiler über die mehr als 400 Millionen Euro, die zusätzlich für wichtige kommunale Aufgaben zur Verfügung gestellt werden sollen. „Im ‚Pakt für Familien und Kinder‘ werden allein für die Bereiche Kleinkindbetreuung, Sprachförderung und Schulsozialarbeit 341 Millionen mehr investiert. Das freut mich als Bürgermeister der Stadt Waghäusel und Kommunalpolitiker natürlich besonders,“ so der SPD-Landtagsabgeordnete.

Zudem wird aber auch die Kürzung im kommunalen Finanzausgleich um 40 Millionen Euro zurückgefahren, sowie 20 Millionen Euro mehr für die Schülerbeförderung bereit gestellt.

Im Landeswohnraumförderprogramm werden sozialer Mietwohnraum, energetische Sanie-

rung, die Schaffung von Barrierefreiheit und das Wohnungseigentum mit zusätzlichen 70 Millionen Euro gefördert. Dies entlastet den kommunalen Wohnungsbau und somit erneut die kommunalen Finanzen.

„Insgesamt können wir zufrieden sein mit einem Haushalt, der eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Besonders im Bereich der Beteiligung des Landes an den kommunalen Aufgaben vor Ort steht die neue Landesregierung zu ihrer Verantwortung und ihren Wahlversprechen,“ so Walter Heiler zusammenfassend.

Land und Kommunen erhielten 1,24 Milliarden Euro Bundesmittel

23.01.2012 "Baden-Württemberg hat das Zukunftsinvestitionsprogramm erfolgreich umgesetzt und die Bundesmittel rechtzeitig zum Jahresende 2011 vollständig abgerufen", sagte Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid am 23. Januar 2012. Voraussetzung für den Mittelabruf war, dass die Maßnahmen vor dem 31. Dezember 2011 abgeschlossen wurden.

"Ich danke allen, die zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben. Im Blick auf den Umfang des Förderprogramms und den engen zeitlichen Rahmen bin ich froh, dass auch die großen und zeitaufwendigen Maßnahmen rechtzeitig abgeschlossen werden konnten", so Minister Schmid.

Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes standen in Baden-Württemberg rund 1,24 Milliarden Euro für Investitionen der Kommunen und des Landes zur Verfügung. Mit den Mitteln wurden gut 5.480 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von knapp 2,1 Milliarden Euro realisiert. Der größte Teil kam kommunalen Investitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur zu Gute. Fast die Hälfte der Bundesmittel (rd. 609 Millionen Euro) wurden den Kommunen in Form von Pauschalen zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung die Kommunen eigenverantwortlich entscheiden konnten. Diese Mittel wurden insbesondere für die Schaffung und Sanierung von Bildungseinrichtungen und anderen kommunalen Infrastrukturinvestitionen (z.B. Mehrzweckhallen und Dorfgemeinschafts-

häuser) eingesetzt. Bundesmittel flossen darüber hinaus in den Krankenhausbau (130 Millionen Euro), in den staatlichen Hochbau (194,5 Millionen Euro) insbesondere für die energetische Sanierung von Hochschulgebäuden oder zur Forschungsförderung, in den Hochschulbereich (55,4 Millionen Euro) und in wirtschaftsnaher Forschungsinstitute (32,1 Millionen Euro).

Das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes wurde ergänzt durch ein Landesinfrastrukturprogramm Baden-Württemberg mit einem Fördervolumen von rund 423 Millionen Euro. "Mithilfe der beiden Konjunkturprogramme haben wir wichtige Impulse zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und des Handwerks gesetzt und damit viele Arbeitsplätze im Land gesichert", so Minister Dr. Nils Schmid.

Quelle: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

SPD und DGB: Nein zu Kürzungen bei den Beamten

Claus Schmiedel: „Die Staatsdiener können sich darauf verlassen, dass die SPD keinen Kürzungen ihres Einkommens oder der Beihilfe zustimmen wird“

Nikolaus Landgraf: „Wir lehnen Einkommenskürzungen zur Sanierung des Landeshaushalts ab und warnen eindringlich vor einer Wiederholung“

Im Zuge der in den kommenden Jahren unvermeidlichen Haushaltskonsolidierung sollen die Beamten in Baden-Württemberg von Kürzungen bei ihrer Besoldung und Versorgung verschont bleiben. Auf diese gemeinsame Linie haben sich die SPD-Landtagsfraktion und der Deutsche Gewerkschaftsbund verständigt. „Die Staatsdiener können sich darauf verlassen, dass die SPD keinen Kürzungen ihres Einkommens oder der Beihilfe zustimmen wird“, kündigte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel an. In dieser Frage werde man auch gegenüber dem grünen Koalitionspartner konsequent bleiben.

DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf betonte, dass die DGB-Gewerkschaften keinen wie auch immer gearteten Griff in die Geldbeutel der Be-

amtinnen und Beamten akzeptieren würden. „Die Verschiebung der Gehaltserhöhung halten wir nach wie vor für inakzeptabel. Wir lehnen Einkommenskürzungen zur Sanierung des Landeshaushalts ab und warnen eindringlich vor einer Wiederholung.“

Schmiedel und Landgraf bekräftigten, dass Sparmaßnahmen im Landeshaushalt nicht zu Lasten der Beamten gehen dürften. Der in der Öffentlichkeit kursierenden „Giftliste“, die erhebliche Eingriffe bei der Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten vorsieht, erteilten SPD und DGB eine klare Absage. „Diese sogenannte Giftliste stammt noch von der schwarz-gelben Vorgängerregierung, wurde von Grün-Rot aber mittlerweile komplett aus dem Verkehr gezogen“, erklärte Schmiedel. „Der Verweis auf haushaltspolitische Sparziele kann nicht bedeuten, dass die Beschäftigten in der Landesverwaltung, bei der Polizei oder in den Schulen die Suppe einer verfehlten Finanzpolitik auslöffeln müssen“, so Landgraf. „Für die Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit, Integration und soziale Gerechtigkeit brauchen wir motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung“, unterstrich Schmiedel. „Die Motivation der Beamtinnen und Beamten hängt im Wesentlichen davon ab, dass sie sich bezüglich ihrer wirtschaftlichen Grundlagen sicher sein können“, ergänzte Landgraf.

Einsparpotentiale im Landesetat versprechen sich SPD und DGB vor allem von einer gründlichen Aufgabenkritik, einer gerechteren Steuerpolitik, die zu mehr Einnahmen des Landes führt, eines wirkungsvolleren Steuervollzugs und einer Optimierung der Verwaltungsstrukturen, zum Beispiel im Bereich der Informationstechnologie.

Landesverwaltung zum Leuchtturm für „Gute Arbeit“ machen

Auf dem Weg ins Musterland für „Gute Arbeit“ sehen DGB und SPD auch Anknüpfungspunkte in der Landesverwaltung. Landgraf verwies darauf, dass sich im Landesdienst im Verlauf der vergangenen Jahre zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse etabliert hätten, insbesondere Befristungen. Vielen Beschäftigten in Bildungs-, Sozial- und Wissenschaftseinrichtun-

gen würden seit Jahren befristete Arbeitsverträge und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse zugemutet. In den Hochschulen beispielsweise hätten rund 53 Prozent der Beschäftigten nur einen befristeten Arbeitsvertrag.

Der DGB-Landesvorsitzende kritisierte, dass gerade Berufsanfänger häufig mehrere Befristungen hintereinander akzeptieren müssten. Statt des „Klebeffekts“ in Form eines festen Arbeitsplatzes würden die Betroffenen häufig als "Wanderarbeiter" von Befristung zu Befristung gereicht. „Um diese Zustände zu ändern, braucht man keinen Rotstift, sondern Verantwortungsgefühl gegenüber den Beschäftigten“, betonte Landgraf.

SPD-Fraktionschef Schmiedel verwies auf die damit verbundene Ressourcenverschwendung. Permanent müssten neue Beschäftigte eingearbeitet werden. Gleichzeitig gehe wichtiges Know-How verloren. Hier steckten erhebliche Effizienzgewinne für den Landeshaushalt.

„Im Musterland für gute Arbeit muss auch fairer Lohn für gute Arbeit gezahlt werden“, forderte DGB-Chef Landgraf. Im Landesdienst sei dies nicht überall der Fall. So würden angestellte Lehrkräfte in Anlehnung an das Beamtenrecht eingruppiert. Es gebe keinen Eingruppierungs-Tarifvertrag („LEGO“). Die Folge sei, dass sie schlechter bezahlt würden als ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, obwohl sie den gleichen Unterricht geben. Schmiedel betonte, dass es für die SPD eine Selbstverständlichkeit sei, Lehrkräfte unabhängig vom Status zu gleichen Konditionen zu beschäftigen.

Stuttgart, 27. Februar 2012

 Newsletter des SPD-Landtagsabgeordneten
Walter Heiler MdL

Fragen, Anregungen und Terminhinweise bitte per Mail
an: Kathrin Krause, Parlamentarische Mitarbeiterin
kathrin-krause@t-online.de; walter.heiler.mdl@gmail.com
<http://www.walterheiler.de>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD